



Runder Tisch  
**KLIMANOTSTAND**  
Aachen

---

# **Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl 2021**

**Fragen bearbeitet von:**

Andrej Hunko, MdB

---

**Partei:**

DIE LINKE

---

Disclaimer:

Im Folgenden verwenden wir für sämtliche klimawirksamen Treibhausgase die Bezeichnung CO<sub>2</sub> und gebrauchen in diesem Sinne die Begriffe CO<sub>2</sub> und CO<sub>2</sub>-Äquivalente synonym.



## Allgemein zum Klima

Mit dem Abkommen von Paris im Jahr 2015 hat sich Deutschland verbindlich dem Ziel verpflichtet, die Erderwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit auf deutlich unter 2 Grad Celsius, wenn möglich 1,5 Grad Celsius, zu begrenzen.

Eine schnelle und umfassende Eindämmung des Klimawandels ist daher nicht nur aus moralischen (Klimagerechtigkeit, historische Verantwortung) oder eigennützigen (stabileres Wetter, politische Stabilität), sondern auch aus völkerrechtlichen Gründen in der nächsten Legislatur geboten.

Das Bundesverfassungsgericht hat in diesem Jahr noch den Aspekt der Generationengerechtigkeit hinzugefügt, also das Recht zukünftiger und junger Generationen, nicht alle Einsparungen alleine schultern zu müssen.

Die Folgen einer Erderwärmung zwischen 1,5 und 2 Grad Celsius sind bereits schwerwiegend (siehe Zusammenfassung der NASA<sup>1</sup>). Die Folgekosten des Klimawandels und der in den letzten 30 Jahren versäumten Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung belaufen sich schon jetzt alleine in Deutschland auf viele Milliarden Euro.

1. Betrachten Sie den sich beschleunigenden Klimawandel als die größte Herausforderung der Menschheit in den nächsten Jahrzehnten?

Ja  Eher ja  Eher nein  Nein

Begründung:

Vorbemerkung: Der umfangreiche Fragenkatalog ist streckenweise sehr detailliert und bezieht sich teils auf technische nationale Maßnahmen. Nicht in allen Bereichen fühle ich mich kompetent, etwa im Baubereich. Notwendige und wichtige Aspekte für die Eindämmung des Klimawandels, in denen ich schwerpunktmäßig aktiv bin, sehe ich jedoch kaum berührt. Das betrifft den gesamten militärischen Bereich (allein das US-Militär hat nach einer der wenigen Studien, die es dazu gibt, einen einem mittleren europäischen Staat entsprechenden CO<sub>2</sub>-Ausstoß), das betrifft auch die gesamte internationale Politik, insbesondere die Welthandelspolitik (Freihandelsabkommen). Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass ohne friedliche Konfliktregulierung und Abrüstung und ohne eine auf Kooperation abzielende internationale (Handels)-Politik die dringend notwendige Klimagerechtigkeit nicht hergestellt werden kann.

2. Bekennen Sie sich zum 1,5 Grad-Ziel?

Ja  Eher ja  Eher nein  Nein

Begründung:

<sup>1</sup> <https://climate.nasa.gov/news/2878/a-degree-of-concern-why-global-temperatures-matter/>



3. Erkennen Sie an, dass innerhalb der kommenden 10 Jahre bereits unumkehrbare Kipppunkte überschritten sein könnten, die verheerende Auswirkungen haben könnten?

Ja  Nein

4. Erkennen Sie an, dass Wetterextreme der letzten Jahre (z.B. Hitzeperioden, extreme Niederschlagsmengen) zum Teil auf den menschengemachten Klimawandel zurückzuführen sind und solche Ereignisse bei fortschreitender Erderwärmung immer häufiger auftreten werden?

Ja  Nein

5. In Deutschland werden 2% der weltweiten Emissionen emittiert. Die Verantwortung Deutschlands für den Ausstoß von CO<sub>2</sub>-Emissionen geht aber weit darüber hinaus. Die Berücksichtigung der ausgelagerten CO<sub>2</sub>-Emissionen würde zum Beispiel zu einem deutlich höheren Wert führen. Sind Sie bereit, diese Sicht als Grundlage Ihres politischen Handelns festzuschreiben und als Grundlage für alle Gesetzgebungsverfahren zu betrachten?

Ja  Eher ja  Eher nein  Nein

Begründung:

6. Soll das Lieferkettengesetz um Klimaaspekte erweitert werden, auch für Unternehmen mit weniger als 1 000 Mitarbeiter\*innen gelten und nicht nur die ersten Glieder der Lieferkette erfassen?

Ja  Eher ja  Eher nein  Nein

Begründung:

Die Fraktion die LINKE im Bundestag hat am 4. Mai einen Antrag für ein schärferes Lieferkettengesetz in den Bundestag eingebracht:  
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/292/1929279.pdf>



7. Die Strategie der Suffizienz – “was brauchen wir wirklich” – ist die wirksamste Methode, die Emissionen von CO<sub>2</sub> zu vermeiden und Ressourcen zu schonen. Wollen Sie suffizientes Wirtschaften zur Basis Ihrer Wirtschafts- und Umweltpolitik auf Bundesebene machen?

Ja  Eher ja  Eher nein  Nein

Begründung:

8. Werden Sie sich in Anbetracht von häufiger auftretenden Hitzewellen (mit tausenden Toten in Deutschland) und Starkregenereignissen (mit hunderten Toten)<sup>2</sup> dafür einsetzen, dass Anpassungen an die Folgen des Klimawandels auf der Agenda stehen?

Ja  Eher ja  Eher nein  Nein

Begründung:

9. Wie stehen Sie dazu, dass bereits heute hunderttausende Menschen jährlich aufgrund von Auswirkungen des Klimawandels<sup>3</sup> ums Leben kommen und mehrere hundert Millionen Menschen an der Erderwärmung leiden?<sup>4</sup>

Freitextantwort:

Das besonders tragische an dieser Situation ist, dass das Leid der Menschen oft in den Ländern besonders groß ist, die selber kaum Anteil an den globalen Emissionen haben. Eines von vielen Beispielen dafür ist das von einer Hungerkatastrophe geplagte Madagaskar. In dem Land herrscht eine verheerende Dürre und der Grund dafür ist laut UN der Klimawandel (<https://www.bbc.com/news/world-africa-58303792>). Wir, als die Länder die viel emittieren, haben deswegen die Pflicht alles in unserer Macht stehende zu tun, den Klimawandel und damit das globale Leid so weit es geht zu minimieren.

2 <https://www.ndr.de/nachrichten/info/podcasts/podcast5126.html>

3 [https://www.zeit.de/online/2009/23/klimawandel-tote-studie?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/online/2009/23/klimawandel-tote-studie?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F)

4 <https://www.theguardian.com/environment/2009/may/29/1>



10. Öffentliche Mittel, als Zuschüsse oder Darlehen, sollen nur für Projekte und Investitionen gewährt werden, die sich am sozio-ökologischen Transformationsprozess orientieren. Dies gilt für inländische (z.B. durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau - KfW) und ausländische (z.B. Hermesbürgschaften) Finanzierungen. Stimmen Sie zu?

Ja       Eher ja       Eher nein       Nein

Begründung:

11. Das Umweltbundesamt beziffert die Folgekosten des Ausstoßes einer Tonne CO<sub>2</sub> mit 195 Euro.<sup>5</sup> Sollten diese Kosten Ihrer Meinung nach vollständig durch eine CO<sub>2</sub>-Steuer abgebildet werden? Ab welchem Jahr soll die Angleichung zwischen CO<sub>2</sub>-Steuer und Folgekosten erreicht sein?

Freitextantwort:

Die CO<sub>2</sub> Folgekosten sollten schnellst möglich vollständig abgebildet, jedoch nicht auf das Individuum abgewälzt werden. Die jetzige Konstruktion einer CO<sub>2</sub>-Steuer läuft Gefahr die ärmeren Haushalte überproportional zu belasten. Wir setzen primär auf alternative Instrumente, wie klare ordnungsrechtliche Vorgaben, eine besser ausgestattete Förderkulisse und forcierte staatliche Infrastrukturmaßnahmen.



12. Welche drei umweltschädlichen<sup>6</sup> Subventionen sollten Ihrer Meinung nach am dringendsten abgeschafft oder umweltfreundlich umstrukturiert werden?

1. Flugverkehr       abschaffen       umstrukturieren

Kurze Begründung:

Flugverkehr muss deutlich reduziert werden. Dazu gehört es, dass der Flugverkehr realistisch für alle verursachten Kosten aufkommt. Ein erster Schritt wäre eine EU-weite Kerosinsteuer.

2. Braun- und Steinkohle       abschaffen       umstrukturieren

Kurze Begründung:

Wir brauchen den Kohleausstieg bis 2030.

3. Dienstwagen       abschaffen       umstrukturieren

Kurze Begründung:

Das Dienstwagenprivileg begünstigt im wesentlichen ohnehin eher gut verdienende Menschen. Eine Mobilitätsförderung sollte künftig ausschließlich auf umweltfreundliche Alternativen (Jobticket, Dienstfahrrad) abzielen.

13. Werden Sie in Ihrem Kompetenz-/Zuständigkeitsbereich möglichst viele Hebel in Bewegung setzen, um das Abkommen von Paris einzuhalten?  
Welche Hebel werden das sein?

Ja       Eher ja       Eher nein       Nein

Begründung:

Mein Zuständigkeitsbereich ist schwerpunktmäßig die europäische und internationale Politik. Hier gibt es viele Ansätze um das völkerrechtlich verbindliche Paris-Abkommen zu stärken und auf die Einhaltung zu pochen.  
Ein Hebel sind die zahlreichen Freihandelsabkommen, die (nicht nur) klimapolitisch kritisch zu sehen sind. Konkret etwa das ausverhandelte, aber derzeit auf Eis liegende EU-Mercosur-Abkommen, das in der jetzigen Form unbedingt verhindert werden muss und das etwa zu einer weiteren Abholzung des Regenwaldes führen würde. Hier werde ich mich weiter gegen die Ratifizierung einsetzen. In diesem Kontext habe ich zuletzt als Mitglied der Progressiven Internationale den Widerstand der brasilianischen Indigenen gegen die weitere Abholzung des Regenwaldes durch Bolsonaro unterstützt.  
Ein weiterer Hebel ist der Einfluss auf die Ausgestaltung der wirtschaftlichen Investitions- und Entwicklungsprogramme in Reaktion auf die Corona-Krise. Hier habe ich zuletzt im Juni 2021 als Berichterstatter des Europarates zum Thema „Overcoming the socio-economic crisis sparked by COVID 19“ eine Resolution durchgesetzt, die die 47 Staaten des Europarates auffordert, ihre wirtschaftliche Aufbauprogramm auf die 17 Nachhaltigkeitsziele der UN auszurichten, die selbstverständlich das Pariser Abkommen zentral mit einschließen.  
Desweiteren versuche ich in den sicherheitspolitischen Debatten, etwa in der GASP oder der OSZE das Paris-Abkommen mit einzubeziehen und den Bemühungen von interessierter Seite entgegen zu wirken in militärischen Fragen den Aspekt des Klimawandels auszublenken. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Fragen um eine klimagerechte Welt und die Fragen um eine friedliche auf Kooperation und kollektive Sicherheit orientierte Welt zusammengedacht werden müssen.  
In diesem Sinne würde ich die Hebel, die in meinem Bereich liegen, auch in der nächsten Legislatur bedienen.

6 <https://www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/wirtschaft-umwelt/umweltschaedliche-subventionen>  
<https://www.greenpeace.de/klimaschaedliche-subventionen>  
<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-energie-und-umwelt/milliardenschwere-subventionen-schaden-dem-klimaschutz-17384905.html>



14. Werden Sie während Ihrer Zeit in Berlin den intensiven Austausch mit Umwelt-, Klima- und Naturschutzinitiativen suchen?

- Ja, ich werde Termine einfordern     Ja, aber nicht eigeninitiativ     Nein

15. Sind Sie dafür, dass sich Deutschland Ende des Jahres bei der Klimakonferenz in Glasgow für konkreten (also für Maßnahmen und nicht nur für Ziele) und verbindlichen internationalen Klimaschutz inklusive Finanzierungshilfen für die armen und ärmsten Länder einsetzt?

- Ja     Eher ja     Eher nein     Nein

Begründung:

Wir dürfen Maßnahmen für den Klimaschutz nicht davon abhängig machen, welche anderen Länder mitziehen, aber selbstverständlich ist es unbedingt erforderlich, letztlich alle Länder einzubeziehen. Gerade Länder mit starker Entwicklungsdynamik sollten darin unterstützt werden, dabei dem Erhalt ihrer Umwelt und sozialen Fortschritten Priorität zu geben. Dennoch liegt der größte Handlungsbedarf bei den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Vorgänge wie der Ausstieg Deutschlands aus dem ursprünglich unterstützten ecuadorianischen Projekt zum Erhalt des Yasuni-Nationalparks dürfen sich nicht wiederholen.



## Landwirtschaft und Ernährung sowie Forstwirtschaft

Der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft kommen große Rollen zu. Beide Bereiche sind für direkte Emissionen verantwortlich und haben zusätzlich einen enormen negativen Einfluss auf die Biodiversität. Gleichzeitig können Wiesen und Wälder große Mengen an CO<sub>2</sub> speichern und sind damit bedeutend für den Klimaschutz.

Der Wald ist nicht nur Wirtschaftsfaktor, sondern vor allem als Wasserspeicher, Luftfilter, Senke von Treibhausgasen (THG) und nicht zuletzt zur Erholungs- und Gesundheitsvorsorge wichtig. Die in den letzten 200 Jahren überwiegend geförderten Nadelholz-Monokulturen erfüllen diese Funktionen nur sehr unzureichend. Die Folgen des Klimawandels zeigen zudem, dass sie deutlich stärker für Trockenheit und Stürme anfällig sind als Laubbaumarten. In Anbetracht der Tatsache, dass sich Biodiversitätskrise und Klimakrise gegenseitig anheizen, ist eine schnelle Umsetzung der Biodiversitätsstrategien auf Bundesebene, aber auch auf internationaler und EU-Ebene, vonnöten.

### 1. Wie ist Ihre Meinung zur Förderpolitik im Agrarsektor?

Sollten die Subventionen (aus Steuermitteln) anders verteilt werden?

Mehrere Antworten möglich

Die Verteilung von Fördermitteln, vor allem nach Fläche, sollte beibehalten werden.

Die Fördermittel sollten zum großen Teil für Ökosystemdienstleistungen der Landwirtschaft (etwa Artenvielfalt, Grundwasserschutz) gezahlt werden.

Die Fördermittel sollten vor allem kleinere Betriebe unterstützen.

Weitere Idee:

Waldpflege muss vom Holzhandel entkoppelt werden. Wo möglich, sollten Wälder in öffentliches Eigentum überführt werden.  
Plantagenartige Waldbewirtschaftung ist zu unterbinden.

Weitere Idee:

Landwirtschaftlich schwer zu bewirtschaftende und kaum rentable Flächen sollten verstärkt renaturiert werden.





2. Die neue Bundesregierung soll das von den Agrarminister\*innen der EU-Mitgliedsstaaten beschlossene "Farm-to-Fork"-Prinzip<sup>7</sup> zügig umsetzen.

Stimmen Sie zu?

Ja  Eher ja  Eher nein  Nein

Begründung:

3. In Schweden, Norwegen, Dänemark und Frankreich wird bereits eine Steuer auf Pestizide erhoben.<sup>8</sup> Befürworten Sie die Einführung einer Abgabe auf Kunstdünger und Pestizide auf nationaler oder EU-Ebene?

Nur gemeinsam auf EU-Ebene  Auch als nationale Regelung  Nein

Begründung:

4. Wie soll sich die Menge der Nutztiere in Deutschland verändern?

Deutliche Reduktion  Leichte Reduktion  Keine Veränderung

Begründung:

DIE LINKE NRW fordert den Ausstieg aus der Massentierhaltung. Auf Bundesebene möchte DIE LINKE sich dafür einsetzen, international Agrarkonzerne zurückzudrängen, deren Geschäftsmodell auf Massentierhaltung beruht.

<sup>7</sup> [https://ec.europa.eu/food/horizontal-topics/farm-fork-strategy\\_en](https://ec.europa.eu/food/horizontal-topics/farm-fork-strategy_en)

<sup>8</sup> <https://www.helmholtz.de/erde-und-umwelt/umweltforscher-fordern-pestizidabgabe/>

[https://blog.gls.de/landwirtschaft/pestizidabgabe-agrarwende-politisch-anpacken/?pk\\_campaign=kn10321](https://blog.gls.de/landwirtschaft/pestizidabgabe-agrarwende-politisch-anpacken/?pk_campaign=kn10321)

<https://www.greenpeace.ch/static/planet4-switzerland-stateless/2019/>

<http://www.umweltinstitut.org>



5. Sind Sie für eine transparentere Kennzeichnung nachhaltiger Lebensmittel im Supermarkt (z.B. Angabe der CO<sub>2</sub>-Äquivalente der Produkte, Wasser- und Flächenverbrauch)?

Ja       Eher ja       Eher nein       Nein

Begründung:

Solche Kennzeichnungen haben leider nur einen begrenzten Einfluss auf die Kaufentscheidungen bzw. erreichen nur bestimmte Teile der Bevölkerung. Außerdem wird damit die Verantwortung den Einzelnen überlassen, wo staatliche Regulierung erforderlich wäre.

6. Es gibt viele gute Gründe für eine weitgehend pflanzliche Ernährung,<sup>9</sup> z.B. bessere Gesundheit, mehr Umwelt-, Klima- und Tierschutz, sicherere Nahrungsmittelversorgung, Risikoverminderung von Pandemien. Sind Sie dafür, dass das Essensangebot in öffentlichen Einrichtungen größtenteils vegetarisch und vegan ist?

Ja       Eher ja       Eher nein       Nein

Begründung:



- 7 Nach der im Jahr 2007 beschlossenen Nationalen Biodiversitätsstrategie (NBS) sollten eigentlich schon bis zum Jahr 2020 mindestens 5 Prozent der Wälder (10% im öffentlichen Wald) aus der forstwirtschaftlichen Nutzung genommen werden und sich durch Naturverjüngung (nach dem Motto „Natur Natur sein lassen“) selbst entwickeln. Auch im Wirtschaftswald sollten zunehmend resilientere und als THG-Speicher (in Wuchs-, Zerfalls- und Totholzphase) besser geeignete heimische Laubbaumarten gepflanzt werden. Nadelhölzer, insbesondere invasive Arten wie die Douglasie, sind keine Lösung.

Werden Sie sich für die schnellstmögliche Umsetzung der Ziele der NBS einsetzen, insbesondere für die Herausnahme besonders wertvoller Waldbereiche aus der forstwirtschaftlichen Nutzung? Werden Sie sich für die großflächige Umsetzung des naturnahen Waldbaus mit klimaresilienteren und THG-speichernden Laubbaumarten einsetzen?

Ja  Eher ja  Eher nein  Nein

Begründung:

Wenn der Baumbestand durch Bäume von anderen Kontinenten ersetzt wird, sind die Folgen für das Ökosystem Wald schwer absehbar, etwa wenn Insekten und Vögel (aber sicherlich auch andere Tiere, Pflanzen und Pilze) auf bestimmte heimische Bäume angewiesen sind.

8. Wald und ungenutzte Flure sind die letzten Bereiche, die Rückzugsgebiete für Tiere sein können. Aufgrund zunehmend intensiverer Agrar- und Forstwirtschaft werden Tiere aus diesen Bereichen immer weiter verdrängt. Der Eingriff in die Natur und die Beeinträchtigung des tierischen Waldlebens haben ebenso durch Freizeitaktivitäten deutlich zugenommen.

In welcher Weise wollen Sie sich für einen nachhaltigen Schutz von Wald und Flur zur Bewahrung von Artenvielfalt einsetzen?

Freitextantwort

Die Waldpflege muss von Zielsetzungen der Gewinnerzielung weitgehend gelöst werden. Erheblich größere Teile der deutschen Waldfläche müssen unter strengen Naturschutz gestellt werden. Zugleich stellt die Erholung im Wald grundsätzlich eine vergleichsweise umweltschonende Form des Tourismus dar. Es ist also sinnvoll, dass sie andere Formen des Tourismus ersetzt. Zugleich müssen die Rahmenbedingungen dafür verbessert werden. Dazu gehört vor allem ein besseres und umfangreicheres Konfliktmanagement und die genauere Konzeption der Freizeit- und Erholungsnutzung im Wald.



- 9 In Deutschland sind lediglich 8 Prozent der Gewässer ökologisch intakt.<sup>10</sup>  
Die Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) sind noch lange nicht erreicht.  
Sind Sie für die Renaturierung von Gewässern  
(z.B. das Anlegen von Retentionsräumen)?  
Sind Sie für die Förderung von nachhaltiger Fischerei und für die Ausweitung von  
Schutzgebieten in den Gewässern Deutschlands und der EU?

Mehrere Antworten möglich

Renaturierung von Gewässern

Nachhaltige Fischerei

Ausweitung von

Keins davon

SchutzgebietenBegründung:

10. Welche Rolle kommt Ihres Erachtens der (Re-)Aktivierung von CO<sub>2</sub>-Senken zu  
(z.B. Wiedervernässung von Mooren, Entsiegelung und Renaturierung von Flächen,  
Senkung der Neuversiegelungsrate)?

Freitextantwort

Mehr als 90 % der Moore in Deutschland sind trocken gelegt. Maßnahmen zu deren Reaktivierung sollten forciert werden, da Moore einerseits zum Klimaschutz beitragen, indem sie CO<sub>2</sub> binden, andererseits bei der Bewältigung von Klimawandelfolgen helfen, indem sie die Wasserrückhaltefähigkeit bei Starkregen erhöhen. Zugleich entstehen anspruchsvolle Lebensräume für Tiere und Pflanzen und auch der Erholungswert für Menschen wird gesteigert, wenn alle diese Ziele sinnvoll zusammen gebracht werden.  
Die Neuversiegelung von Boden muss deutlich verringert werden.  
Neuversiegelung darf nur genehmigt werden, wenn sie mit einer mindestens ebenso großen Flächenentsiegelung in der Region einhergeht.



## Energie

Die Energiewende ist essentieller Baustein für die Reduktion von Treibhausgasemissionen,<sup>11</sup> da das Verbrennen von fossilen Energieträgern (Kohle, Öl, Gas) besonders viele Emissionen erzeugt. Sogar Organisationen, die den erneuerbaren Energien in der Vergangenheit kritisch gegenüberstanden, wie die aus der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) heraus gegründete IEA (Internationale Energie Agentur), halten das sehr ambitionierte Ziel von 1,5 Grad Celsius Erderwärmung für erreichbar und entwerfen Wege zur Umsetzung.

1. Ist ein Kohleausstieg bis 2038 ausreichend?

Ja  Nein, er sollte früher geschehen – bis spätestens 2030

2. Ist ein Mindestabstand von Windrädern zu Wohnbebauungen von pauschal 1000 Metern sinnvoll?

Ja  Eher ja  Eher nein  Nein

Begründung:

3. Eine Solarpflicht für Neubauten und grundlegende Dachsanierungen sollte eingeführt werden, um vorhandene geeignete Photovoltaik-Dachflächen für die Stromproduktion zu nutzen.

Stimmen Sie zu?

Ja  Eher ja  Eher nein  Nein

Begründung:

Solaranlagen auf Dächern ermöglichen eine weitgehend konfliktfreie Energiegewinnung ohne Flächenverbrauch. Es wird jedoch Fälle geben, in denen Ausnahmen von der Pflicht sinnvoll sind, etwa wegen ungünstiger Lage.



4. Welche Hemmnisse für den Bau und Betrieb von Solar- und Windanlagen möchten Sie vordringlich beseitigen?

1. Hemmnis: Mindestabstand für Windkraftanlagen

Lösungsansatz:

Abschaffung des pauschalen Mindestabstands von 1000m zwischen Wohnbebauungen und Windkraftanlagen.

2. Hemmnis: \_\_\_\_\_

Lösungsansatz:

3. Hemmnis: \_\_\_\_\_

Lösungsansatz:

5. Sehen Sie im Ausbau von Energiespeichern eine dringende Schwerpunktaufgabe, um eine vollständige Energiewende zu schaffen?

Ja     Eher ja     Eher nein     Nein

Begründung:



6. Hat Ihre Partei ein Programm mit konkreten Maßnahmen, Ausbauplänen und daraus resultierenden CO<sub>2</sub>-Einsparungen, durch das der Stromsektor Deutschlands bis 2030 klimaneutral werden kann?<sup>12</sup>

Ja  Eher ja  Eher nein  Nein

Begründung:

[https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/DIE\\_LINKE\\_Wahlprogramm\\_zur\\_Bundestagswahl\\_2021.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/DIE_LINKE_Wahlprogramm_zur_Bundestagswahl_2021.pdf) S.67ff

- 7 In welcher Weise wollen Sie technologische Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Rückholung aus der Atmosphäre voranbringen?

Freitextantwort

Forschung und Wissenschaft müssen zur Lösung von Klimawandel und Umweltproblemen beitragen. In diesem Sinne wollen wir die milliarden schwere Innovations- und Technologieförderung des Bundes, auch die gemeinsam von Bund und Ländern finanzierte außeruniversitäre Forschung strategisch ausrichten.



## Verkehr

In Anbetracht der im neuen Klimaschutzgesetz beschlossenen Sektorziele muss auch der CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Verkehrssektor in Deutschland deutlich reduziert werden. Im Vergleich zum Referenzjahr 1990 gab es im Verkehrsbereich keine Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen.<sup>13</sup>

1. Das Umweltbundesamt hat im Jahr 2020 berechnet, dass ein Tempolimit auf Autobahnen zu erheblichen jährlichen CO<sub>2</sub>-Einsparungen führen kann.<sup>14</sup>

Da diese Maßnahme finanziell und organisatorisch günstig ist (etwa im Vergleich zu Kaufprämien für E-Autos) und außerdem zu mehr Verkehrssicherheit sowie Lärm-/Schadstoffreduktion beiträgt: Wie stehen Sie zu einem Tempolimit auf Autobahnen, wie es in allen anderen Ländern der EU und des Schengen-Raumes existiert (zwischen 100 und 130 km/h)?

- Tempolimit von 130 km/h (1,9 Millionen Tonnen jährliche Einsparung)
- Tempolimit von 120 km/h (2,6 Millionen Tonnen jährliche Einsparung)
- Tempolimit von 100 km/h (5,4 Millionen Tonnen jährliche Einsparung)
- Ich bin gegen ein Tempolimit auf Autobahnen.

Begründung:

Ein Tempolimit ist sinnvoll. DIE LINKE fordert jedoch vor allem einen massiven Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und die weitgehende Ersetzung des motorisierten Individualverkehrs.

<sup>13</sup> <https://www.umweltbundesamt.de/daten/verkehr/emissionen-des-verkehrs#minderungsziele-der-bundesregierung>  
<sup>14</sup> <https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/verkehrsplanung/tempolimit#tempolimit-auf-autobahnen-https://www.br.de/radio/bayern1/tempolimit-europa-100.html>





2. In Aachen kommen momentan 446 PKW auf 1000 Einwohner\*innen.<sup>15</sup> Der aktuelle Bundesdurchschnitt liegt bei 580 PKW pro 1000 Einwohner\*innen. Wie sollte sich dieser Wert für Aachen nach einer ökologischen Verkehrswende (2030) entwickelt haben?

- gewachsen um ca. + \_\_\_\_\_ %
- gesunken um ca. - 80 %
- gleich bleiben +/- 0%

Begründung:

DIE LINKE fordert die Ablösung des motorisierten Individualverkehrs durch Fahrräder und öffentliche Verkehrsmittel. Es werden jedoch Fälle verbleiben, in denen ein öffentliches Verkehrsmittel nicht sinnvoll ist.

3. Werden Sie sich gegen den Ausbau des Straßen-/Autobahnnetzes in Deutschland aussprechen? Werden Sie sich stattdessen für eine massive Förderung des Schienenverkehrs und die schienengebundene Anbindung des ländlichen Raumes einsetzen?

Freitextantwort

DIE LINKE fordert den Stopp des Neu- und Ausbaus der Autobahnen. Wir wollen die öffentlichen Investitionen in die Schieneninfrastruktur um das Fünffache erhöhen. Alle bisher nur von Dieselfahrzeugen befahrbaren Bahnstrecken müssen zügig elektrifiziert oder auf alternative und nachhaltige Antriebstechnologien umgestellt werden. Wir wollen mit einem Reaktivierungsprogramm zahlreiche in den letzten Jahrzehnten stillgelegte Bahnstrecken wieder aufbauen und so ganze Regionen wieder ans Gleisnetz anschließen. Mobilität mit der Bahn muss auch im ländlichen Raum möglich sein.

4. Soll im Jahr 2030 der nachhaltige öffentliche Personenverkehr deutlich günstiger sein als die Nutzung z.B. des motorisierten Individualverkehrs oder des Flugverkehrs?

Ja       Eher ja       Eher nein       Nein

Begründung:

Wir fordern kostenlosen (steuerfinanzierten) ÖPNV und für alle bezahlbaren öffentlichen Schienenfernverkehr.



## Städtebau, Bauen, Stadtgrün

„Deutschland ist gebaut“ – und circa 40% des deutschen Energieverbrauchs entfallen auf den Bausektor, inklusive des Betriebs der Gebäude. Ebenso werden etwa 54% des Mülls durch ihn verursacht. Der Ressourcenverbrauch ist mit einem ungefähren Anteil von 40% zu beziffern. Daher bietet der Bausektor eines der größten Einsparpotentiale aller Sektoren.

Auf EU-Ebene werden zurzeit weitgehende Vorgaben entwickelt, um das nachhaltige Bauen voranzutreiben sowie einen Städtebau zu forcieren, der die Folgen des Klimawandels abmildern soll. Hier sind der European Green Deal<sup>16</sup>, das New European Bauhaus<sup>17</sup>, aber auch die EU-Taxonomie<sup>18</sup> zu nennen.

1. Welche Strategien und konkrete Maßnahmen für das nachhaltige Bauen und einen Städtebau für die Klimafolgenanpassung wollen Sie auf Basis der Vorgaben der EU<sup>19</sup> in der nächsten Wahlperiode prioritär initiieren bzw. fördern?

Lösungsansatz 1 \_\_\_\_\_

Begründung:

Lösungsansatz 2 \_\_\_\_\_

Begründung:

Lösungsansatz 3 \_\_\_\_\_

Begründung:

Lösungsansatz 4 \_\_\_\_\_

Begründung:

<sup>16</sup> [https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal\\_de](https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de)

<sup>17</sup> [https://europa.eu/new-european-bauhaus/index\\_de](https://europa.eu/new-european-bauhaus/index_de)

<sup>18</sup> [https://ec.europa.eu/germany/news/20210421-eu-taxonomie\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210421-eu-taxonomie_de)

<sup>19</sup> [https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal\\_de](https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de)

[https://europa.eu/new-european-bauhaus/index\\_de](https://europa.eu/new-european-bauhaus/index_de)

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210421-eu-taxonomie\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210421-eu-taxonomie_de)



2. Die allergrößte Aufgabe im Bausektor ist die Sanierung des Bestands - nicht der Neubau. Hierbei ist es erforderlich, nicht ausschließlich auf energieeffiziente Maßnahmen auf Gebäudeebene zu setzen. Eine CO<sub>2</sub>-neutrale Versorgung unserer Quartiere und Städte spielt hier die zentrale Rolle.

Wie möchten Sie auf Bundesebene über Fördergelder hinaus Maßnahmen anstoßen, um innovative und großräumige Prozesse für klimaneutrale Quartiere zu initiieren und schnell umzusetzen?

Lösungsansatz 1 \_\_\_\_\_

Begründung:

Lösungsansatz 2 \_\_\_\_\_

Begründung:

Lösungsansatz 3 \_\_\_\_\_

Begründung:

Lösungsansatz 4 \_\_\_\_\_

Begründung:

3. Der gesamte Lebenszyklus einer Immobilie steht nicht mehr im Fokus der Investitionen im Gebäudebereich. Investitionen müssen vielfach nach 12-15 Jahren zurückverdient sein. Dies hat nicht nur rasant steigende Mieten, sondern auch einen immensen Flächenverbrauch und erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt zur Folge. Möchten Sie die gesetzlichen Rahmenbedingungen ändern, damit der gesamte Lebenszyklus eines Gebäudes den Rahmen für eine Investition bildet?

Ja       Eher ja       Eher nein       Nein

Begründung:



4. Um CO<sub>2</sub>-Emissionen zu vermindern und Ressourcen zu sparen, ist es erforderlich, den Baubestand zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dadurch wird gegenüber dem Neubau signifikant weniger CO<sub>2</sub> emittiert und es werden in erheblichem Umfang Ressourcen gespart.

Unterstützen Sie gesetzliche Vorhaben<sup>20</sup>, welche Abriss vermeiden und eine Weiterentwicklung des Bestandes fördern?

Ja     Eher ja     Eher nein     Nein

Begründung:

5. Für den noch erforderlichen Neubau ist es notwendig, dass Recyclingquoten im Sinne der Kreislaufwirtschaft festgelegt werden. Ebenso muss der Anteil des Einsatzes von natürlichen Materialien gestärkt werden, welche wieder der Natur zugeführt werden können (urban mining / cradle to cradle).

Möchten Sie für den Neubau eine Quote für den Einsatz von rezyklierten und natürlichen Materialien von

100%     75%     50%     0%     einführen

Begründung:

Es ist jedoch eine Frage, wie zügig die Umstellung erfolgen kann.



6. Wir brauchen eine durchgrünte und damit lebenswerte Stadt.<sup>21</sup> Dies beginnt bei hochwertiger Aufenthaltsqualität und geht über Entsiegelung, Renaturierung im städtischen Umfeld, Biodiversität, urbane Landwirtschaft, Wassermanagement (Schwammstadt), Maßnahmen gegen die Aufheizung der Städte bis zur Begrünung von Gebäuden.

Wie möchten Sie Prozesse anstoßen und die gesetzlichen Rahmenbedingungen ändern, damit diese Maßnahmen flächendeckend in Deutschland umgesetzt werden?

Lösungsansatz 1 \_\_\_\_\_

Begründung:

Lösungsansatz 2 \_\_\_\_\_

Begründung:

Lösungsansatz 3 \_\_\_\_\_

Begründung:

Lösungsansatz 4 \_\_\_\_\_

Begründung:



5. Ökologisch bereits wirksame Grünstrukturen wie z.B. Parks, Friedhöfe und Kleingartenanlagen und verwilderte Brachen dürfen nicht gefährdet werden. Eingriffe in diese Strukturen sollten nicht oder nur sehr sensibel erfolgen. Setzen Sie sich nachdrücklich für den Erhalt von urbanen Grünflächen ein?

Ja       Eher ja       Eher nein       Nein

Begründung:



## Abfall, Recycling, Kreislaufwirtschaft

Die Vermeidung von Abfällen durch Wiederverwendung und Reparatur ist in den allermeisten Fällen die klimaschonendste Maßnahme. Ist dies nicht möglich, lassen sich durch Recycling Emissionen verhindern und natürliche Ressourcen schonen.

1. Sind Sie für die Ausweitung eines für Hersteller verpflichtenden Pfandsystems/Mehrwegsystems auf weitere Bereiche (z.B. Weinflaschen, Aufstrichgläser, Take-Away-Verpackungen in der Gastronomie)? Dieses System muss lange Transportwege vermeiden und daher auf standardisierten Verpackungen/Behältnissen basieren.<sup>22</sup>

Ja       Eher ja       Eher nein       Nein

Begründung:

Erst durch standardisierte Behältnisse und Verpackungen wird ein solches System wirklich alltagstauglich und deshalb Akzeptanz erfahren.

2. Wie stehen Sie zu einem Recht auf Reparierbarkeit?

Freitextantwort

Wir wollen die Ökodesignvorgaben für Produkte erweitern, um Anforderungen an Lebensdauer, Update-, Upgrade-, Reparier-, Weiterverwend- und Recycelbarkeit zu schaffen. Wir unterstützen das »Top-Runner-Modell« für die Produktion von Geräten (das nachhaltigste Gerät zu einem bestimmten Zeitpunkt setzt den neuen Standard). Für Reparaturdienstleistungen und Demontage wollen wir die Mehrwertsteuer auf 7 Prozent senken. Reparatur und Wiedernutzung muss Vorrang vor Recycling haben.



3. Frankreich hat 2020 einen Reparierbarkeitsindex<sup>23</sup> (in schwacher Form) für elektrische Geräte eingeführt.

Können Sie sich vorstellen, den Blauen Engel um die Kategorie „Reparierbarkeit“ zu erweitern, sodass beim Einkauf leicht nachvollziehbar ist, wie leicht ein Produkt repariert werden kann?

Ja       Eher ja       Eher nein       Nein

Begründung:

4. Durch das Erschließen neuer Rohstoffvorkommen entstehen massive Umweltschäden<sup>24</sup> (beispielsweise in Regenwäldern und am Meeresgrund). Der Abbau neuer Rohstoffe lässt sich durch geschlossene Rohstoffkreisläufe wenigstens verringern.

Sehen Sie daher die Notwendigkeit, eine vollumfassende Kreislaufwirtschaft in Deutschland zu etablieren?

Ja       Eher ja       Eher nein       Nein

Begründung:

Anmerkung in diesem Kontext: 2019 hat die EU nach Angaben der Kommission 1,5 Millionen Tonnen Plastikabfälle exportiert, zumeist in die Türkei und asiatische Länder wie Malaysia, Indonesien, Vietnam, Indien und China (<https://www.spiegel.de/wirtschaft/plastikmuell-eu-begrenzt-plastikmuell-export-a-04f3d0d5-92f5-4af3-aec8-97b359b893ed>). Die 2020 beschlossenen Beschränkungen für Müllexporte reichen nicht aus und müssen gestoppt werden.

<sup>23</sup> <https://posteo.de/en/news/france-will-issue-repairability-scores-for-gadgets-from-2021>  
<sup>24</sup> <https://www1.wdr.de/radio/wdr5/sendungen/dok5/ecuador-kupferminen-bergbauunternehmen-100.html>